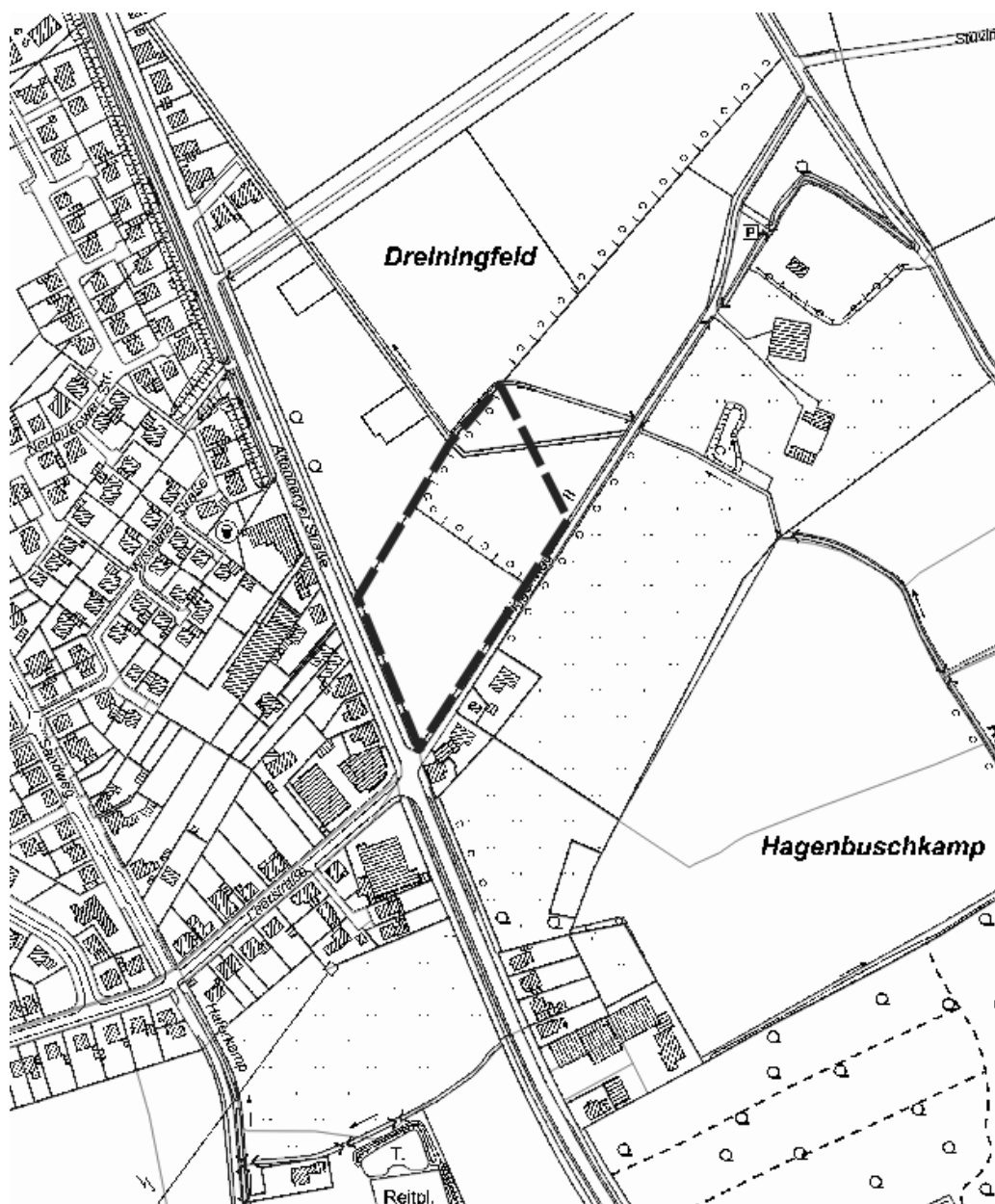


Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt

96. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 76b „nördlich Piggenweg“

Begründung



Stand: öffentliche Auslegung



Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Inhalt

1. Planungsanlass	1
2. Räumlicher Geltungsbereich und angrenzende Nutzungen	1
3. Ziele der Raumordnung	2
4. Plandarstellungen	2
5. Verkehrliche Erschließung	3
6. Ver- und Entsorgung	3
7. Flächenbilanz	3
8. Auswirkungen der Planung	3
8.1. Umweltverträglichkeit / Schutz von Natur und Landschaft	3
8.2. FFH-Verträglichkeit	4
8.3. Artenschutz	4
8.4. Immissionsschutz	4
8.5. Klimaschutz	5
8.6. Bodenschutz / Flächen mit Bodenbelastungen	5
8.7. Denkmalschutz	6
8.8. Bodenordnung	6
8.9. Kampfmittel	6
9. Verfahren	7
9.1. Neubekanntmachung des Flächennutzungsplanes	7

1. Planungsanlass

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 14.12.2023 die 96. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 76b „nördlich Piggenweg“ gemäß § 1 (8) Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Städtebauliches Ziel ist es, im Plangebiet nördlich des Piggenweges die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von geförderten Wohnungen in vier Mehrfamilienhäusern zu schaffen.

Da das Plangebiet für den Bebauungsplan Nr. 76b im planungsrechtlichen Außenbereich nach § 35 BauGB liegt und der Flächennutzungsplan dort aktuell eine Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „KfZ-Handel / KfZ-Werkstätten / KfZ-Zubehör“ gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 4 BauNVO darstellt, muss der Flächennutzungsplan geändert werden, um auch dem Entwicklungsgebot gemäß § 8 (2) BauGB gerecht zu werden. Die Kreisstadt Steinfurt beabsichtigt daher, im Bereich der Grundstücke Flur 7, Flurstücke 261, 828 (Teilfläche), 257 (Teilfläche) und 827 (Teilfläche) eine Wohnbaufläche gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO im Südwesten und eine Fläche für die Landwirtschaft gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 9a BauGB im Nordosten darzustellen. Die beiden Bereiche werden durch einen Grünzug getrennt.

Bei der Änderung des Bauleitplanes werden insbesondere die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung (§ 1 (6) Nr. 2 BauGB) berücksichtigt.

2. Räumlicher Geltungsbereich und angrenzende Nutzungen

Der räumliche Geltungsbereich der 96. Änderung des Flächennutzungsplanes befindet sich im südlichen Stadtgebiet der Kreisstadt Steinfurt im Ortsteil Borghorst (Flur 7, Flurstücke 261, 828 (Teilfläche), 257 (Teilfläche) und 827 (Teilfläche), Gemarkung Borghorst) und ist auf dem Deckblatt der Begründung dargestellt. Er umfasst die im wirksamen Flächennutzungsplan im Bereich zwischen dem Piggenweg und dem geplanten Baugebiet südlich der Eichenallee als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „KfZ-Handel / KfZ-Werkstätten / KfZ-Zubehör“ dargestellte Fläche mit einer Größe von ca. 1,6 ha. Das Plangebiet umfasst sowohl die Ausstellungsfläche eines Autohauses, was der Darstellung des wirksamen FNP entspricht, als auch eine bestehende Baumreihe und eine angrenzende landwirtschaftliche Fläche. Die Änderung des FNP ist also im nordöstlichen Teil eine (Wieder-)Anpassung an den Status quo. Eine besondere Geländeneigung innerhalb des Gebietes ist nicht erkennbar. Die Höhen liegen zwischen ca. 70,64 und 70,99 Meter über Normalhöhennull (NHN).

Das nahe Umfeld im Stadtgebiet Borghorst wird den Darstellungen des Flächennutzungsplanes entsprechend wohnbaulich, aber auch gewerblich (Mischgebiet) und landwirtschaftlich genutzt. Nördlich des Planbereiches liegt ein sich in der Umsetzung befindliches Wohngebiet. Von Osten und Süden ist das Plangebiet durch landwirtschaftliche Fläche mit vereinzelt Wohngebäuden eingefasst. Auf der gegenüberliegenden Seite der Altenberger Straße (L 510) gibt es ein Mischgebiet, in dem sich neben Wohngebäuden auch z.B. ein Autohaus und ein Restaurant befinden.

3. Ziele der Raumordnung

Gemäß § 1 (4) BauGB sind die Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen. Der Regionalplan Münsterland legt für den Regierungsbezirk Münster die räumlichen und strukturellen Entwicklungen als raumplanerisches Gesamtkonzept fest. Er koordiniert die unterschiedlichen Flächenansprüche an den Raum und gibt als Planungsgrundlage Rahmenbedingungen für die Flächennutzungspläne vor.

Im seit dem 27.06.2014 wirksamen Regionalplan Münsterland ist der Planbereich überwiegend als „Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB)“, im Osten aber auch als „Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche“ festgelegt. Damit entspricht die Planung grundsätzlich den Zielen der Raumordnung.

Zu den Vorgaben der Regional- und Landesplanung gehört auch der länderübergreifende Bundesraumordnungsplan für den Hochwasserschutz (BRPH), der am 01.09.2021 in Kraft getreten ist. Der Bundesraumordnungsplan zum Hochwasserschutz soll das Wasserrecht unterstützen und ergänzen und dient dazu, den Hochwasserschutz zu verbessern.

Für die Steinfurter Aa wurde vom Beginn der Ausuferung bis zur Mündung in die Vechte mit ordnungsbehördlicher Verordnung vom 14.01.2004 durch die Bezirksregierung Münster das Überschwemmungsgebiet neu festgesetzt. Das festgesetzte Überschwemmungsgebiet „Steinfurter Aa“ liegt etwa 2,4 km Luftlinie westlich des Plangebietes. Hochwassergefahren- bzw. -risikokarten beinhalten keine Darstellungen für den Geltungsbereich, sodass besondere Festlegungen zum Hochwasserrisikomanagement entbehrlich sind (Ziel I.1.1).

Die Starkregenhinweiskarte für Nordrhein-Westfalen zeigt für den Planbereich vor allem entlang der westlichen Grundstücksgrenze des Grundstückes Flur 7, Flurstück 261 Überflutungen von bis zu 0,77 m auf. Bei den Gebäuden im Plangebiet handelt es sich um Wohngebäude, die aber einen entsprechend hohen Sockel haben dürfen, sodass den Überflutungen vorgebeugt werden kann. Weitergehende Festlegungen zum Klimawandel und zur Klimaanpassung sind entbehrlich (Ziel I.2.1).

4. Plandarstellungen

Der Flächennutzungsplan (FNP) ist der vorbereitende Bauleitplan. Er stellt gemäß § 5 (1) BauGB für das ganze Stadtgebiet die, sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende, Art der Bodennutzung in den Grundzügen dar. Diese Art der Bodennutzung wird nach den voraussehbaren Bedürfnissen festgelegt.

Im seit dem 20.03.2000 wirksamen Flächennutzungsplan der Kreisstadt Steinfurt ist der Planbereich als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „KfZ-Handel / KfZ-Werkstätten / KfZ-Zubehör“ gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 4 BauNVO dargestellt.

Im Rahmen der 96. Änderung wird im Süden eine Wohnbaufläche gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO und im Norden eine Fläche für die Landwirtschaft gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 9a BauGB dargestellt. Die beiden Bereiche werden durch einen Grünzug getrennt. Der nachgelagerte Bebauungsplan Nr. 76 b „nördlich Piggenweg“ enthält die rechtsverbindlichen Festsetzungen für die städtebauliche Ordnung für den südlichen Teil (Wohnbaufläche).

5. Verkehrliche Erschließung

Die verkehrliche Erschließung des räumlichen Geltungsbereiches ist über das bestehende öffentliche Straßenverkehrsnetz gewährleistet. Über den unmittelbar angrenzenden Piggenweg besteht eine Anbindung an die Altenberger Straße (L 510).

6. Ver- und Entsorgung

Ver- und Entsorgungsleitungen liegen in den unmittelbar im Nahbereich ausgebauten Verkehrsflächen, sodass eine Anschlussmöglichkeit für etwaige Nutzungen gegeben ist.

Anfallendes und unverschmutztes Regenwasser kann über die geplanten Retentionsdächer und Retentionsboxen in Kombination mit Entwässerungsmulden zurückgehalten werden und wird gedrosselt in den Kühlenbach abgeleitet.

7. Flächenbilanz

Flächennutzung	Flächennutzungsplan		96. Änderung	
	Größe in qm	Größe in %	Größe in qm	Größe in %
Sonderbaufläche	15.304	94,4	0	0
Wohnbaufläche	0	0	9.130	56,3
Landwirtschaftliche Fläche	0	0	6.088	37,5
Grünfläche	912	5,6	998	6,2
Gesamt	16.216	100	16.216	100

8. Auswirkungen der Planung

8.1. Umweltverträglichkeit / Schutz von Natur und Landschaft

Mit der 96. Änderung des Flächennutzungsplanes werden gegenüber dem wirksamen Flächennutzungsplan keine planungsrechtlichen Eingriffsmöglichkeiten in Natur und Landschaft zusätzlichen Umfangs bewirkt. Es werden im Gegenteil planungsrechtlich vorbereitete Eingriffsmöglichkeiten zurückgenommen, da aus einem Teil der Sonderbaufläche eine Fläche für die Landwirtschaft wird. Der Grünzug wird lediglich verschoben.

Der räumliche Geltungsbereich befindet sich im südlichen Bereich des Stadtteils Borghorst innerhalb des Siedlungsraumes. FFH- und Vogelschutzgebiete des europäischen Netzes „Natura 2000“ sind ebenso wenig betroffen wie geschützte Teile von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 (2) BNatSchG.

Die Belange des Umweltschutzes nach § 1 (6) Nr. 7 und § 1a BauGB wurden in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet. Er bildet einen gesonderten Teil der Begründung zum Bauleitplan. Aus diesem geht hervor, dass die Planung, die mit der 96. FNP-Änderung vorbereitet wird, einige Schutzgüter erhebliche einschränken wird. In der Zusammenfassung wird aber festgehalten, „dass mit einem entsprechenden Konfliktbewältigungsprogramm mit geeigneten Vermeidungs-, Verringerungs-, Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen die zu erwartenden Auswirkungen beherrschbar sind und einer Genehmigungsfähigkeit der Planänderung nicht entgegenstehen.“

8.2. FFH-Verträglichkeit

Das Land Nordrhein-Westfalen hat den Bereich „Bagno mit Steinfurter Aa“ (DE-3810-302) als Schutzgebiet nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (Richtlinie 92/43 EWG des Rates vom 21.05.1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen) gemeldet. Dieser Bereich umfasst große Teile der Waldbereiche des Bagnos, Vorsundern, Westerbrook und des Buchenberges sowie Teile der Steinfurter Aa und den Bagno See. Das Gebiet hat eine Größe von 467 ha. Zudem wurde das FFH-Gebiet „Steinfurter Aa“ (DE-3910-301) nachgemeldet (31 ha). Weitere Bereiche auf Steinfurter Stadtgebiet sind nicht als FFH- oder Vogelschutzgebiet ausgewiesen.

Der Abstand zwischen dem räumlichen Geltungsbereich der 96. Änderung des Flächennutzungsplanes und dem näher gelegenen FFH-Gebiet „Bagno mit Steinfurter Aa“ beträgt ca. 3 km (Luftlinie). Angesichts dieses Abstands sowie der beabsichtigten Planungen wird nicht von einer Beeinträchtigung der Schutzziele und –zwecke des FFH-Gebietes ausgegangen.

8.3. Artenschutz

Bei der Aufstellung bzw. Änderung von Bauleitplänen und der damit verbundenen möglichen Vorbereitung von Eingriffen in Natur und Landschaft ist zu prüfen, ob gegen artenschutzrechtliche Verbotstatbestände des § 44 (1) Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) verstoßen wird. Demnach ist insbesondere das Töten, das Stören sowie die Beschädigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten geschützter Tierarten bzw. von Standorten geschützter Pflanzenarten verboten. Im Zuge der Bauleitplanung ist diese Prüfung gemäß § 44 (5) BNatSchG für Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie oder nach Vogelschutzrichtlinie vorzunehmen.

Beim Plangebiet handelt es sich um eine bereits zum Teil überprägte Fläche. Der nordöstliche Teil ist derzeit – entgegen der Darstellung im FNP – eine landwirtschaftliche Fläche und wird dies durch die vorliegende Änderung auch wieder werden. Der südwestliche Teil der Fläche wurde bisher als Ausstellungsfläche für das gegenüberliegende Autohaus genutzt. Durch die Planung werden im südwestlichen Teil neue überbaubare Flächen geschaffen. Im Plangebiet befindet sich, als Grenze zwischen der zukünftigen Wohnbaufläche und der landwirtschaftlichen Fläche eine Baumhecke mit alten Stieleichen. Diese Baumhecke soll nun auch als Grünzug im FNP dargestellt werden. Es können aufgrund der im Plangebiet vorhandenen Lebensraumstrukturen und den u.U. vorkommenden Fledermaus- und planungsrelevanten Vogelarten artenschutzrechtliche Konflikte bei der Umsetzung der geplanten Wohnbebauung nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Dies geht aus dem Resümee der für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 76b erstellten Artenschutzvorprüfung von April 2024 hervor. Wenn aber die in der ASVP ausgearbeiteten Vorgaben umgesetzt werden, ist davon auszugehen, dass die Umsetzung des Bebauungsplanes Nr. 76b „nördlich Piggeweg“ keine artenschutzrelevanten Konflikte gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG für Fledermäuse und Vögel auslöst.

8.4. Immissionsschutz

Gemäß § 1 (6) Nr. 1 BauGB sind die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Aufstellung der Bauleitpläne zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang greifen insbesondere die Belange des Immissionsschutzes.

Der Geltungsbereich der 96. FNP-Änderung des grenzt direkt an die L510 (Altenberger Straße) an. Das Ingenieurbüro Richters & Hüls aus Altenberge hat für den in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 76b „nördlich Piggenweg“ ein schalltechnisches Gutachten erstellt, welches die Geräuschemissionen durch die angrenzende Landesstraße, aber auch durch die nordwestlich gelegene Gastronomie und durch Veranstaltungen auf dem nordöstlich gelegenen Schützenplatz auf das Plangebiet ermittelt hat.

Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass Überschreitungen auftreten. Dementsprechend werden im Bebauungsplan Schallschutzmaßnahmen zur Minderung der Einwirkungen des Straßenverkehrslärms gemacht, welcher maßgeblich für die Überschreitung der Orientierungswerte verantwortlich ist.

Ein ausreichender Abstand zum Störfallbetrieb Hanke & Seidel, Wilmsberger Weg 2 (Luftlinie ca. 1.200 m) ist gegeben, sodass es keinen Einfluss auf die Planungen gibt.

8.5. Klimaschutz

Gemäß § 1a (5) BauGB soll den Erfordernissen des Klimaschutzes sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.

Besondere Maßnahmen auf Ebene des Flächennutzungsplanes sind nicht vorgesehen. Allerdings bleiben durch die Rücknahme von Sonderbauflächen Freiflächen erhalten. Insgesamt gesehen besitzt das Plangebiet aus klimatechnischer Sicht nur eine eingeschränkte Bedeutung für das Stadtklima. Es bestehen zwar ausreichende Austauschbedingungen, aber aufgrund der Lage, Größe und Zuordnung zum Siedlungskörper können beeinträchtigte Siedlungsteile nicht durch das Plangebiet entlastet werden. (s. Umweltbericht)

8.6. Bodenschutz / Flächen mit Bodenbelastungen

Gemäß § 1a (2) Satz 1 BauGB soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Stadt insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen.

Das Plangebiet ist im wirksamen Flächennutzungsplan als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „KfZ-Handel / KfZ-Werkstätten / KfZ-Zubehör“ dargestellt. Ein rechtskräftiger Bebauungsplan existiert nicht. Durch die beabsichtigte Darstellung einer Wohnbaufläche bzw. einer Fläche für die Landwirtschaft nebst eines Grünzuges wird dem Grundsatz des Bodenschutzes entsprochen, da planungsrechtlich vorbereitete Bodenversiegelungen reduziert werden.

Nach der Karte der schutzwürdigen Böden NRW befindet sich im Plangebiet der 96. FNP-Änderung kein schutzwürdiger Boden.

Das „Kataster über altlastverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen“ des Umweltamtes des Kreises Steinfurt enthält für den Planbereich keine Darstellungen. Ein Altlastenverdacht für den räumlichen Geltungsbereich besteht somit nicht.

8.7. Denkmalschutz

Im räumlichen Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung sind keine Bau- und Bodendenkmäler bekannt. Allerdings liegt direkt angrenzend am Piggenweg 6 ein Ehrenmal, für welches derzeit der Eintragungsprozess als Denkmal läuft. Da das Ehrenmal aber schon jetzt direkt zwischen zwei Wohnhäusern liegt und die zukünftige Bebauung einen größeren Abstand zum Ehrenmahl hat, als die bestehende Bebauung, sind durch die vorliegende Planung keine negativen Auswirkungen auf das Ehrenmahl am Piggenweg 6 zu erwarten.

Somit ist durch die vorliegende Planung eine Beeinträchtigung von Baudenkmalern, auch in Bezug auf Blickbeziehungen und Fernwirkungen, nicht zu erkennen. Belange des Denkmalschutzes werden somit nicht berührt.

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, d. h. Mauerwerk, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Beschaffenheit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Kreisstadt Steinfurt und dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Archäologie für Westfalen - Außenstelle Münster - unverzüglich anzuzeigen (§§ 16 + 17 Denkmalschutzgesetz NRW).

Erste Erdbewegungen sind zwei Wochen vor Beginn der LWL-Archäologie für Westfalen – Außenstelle Münster, An den Speichern 7, 48157 Münster schriftlich mitzuteilen.

Der LWL-Archäologie für Westfalen – Außenstelle Münster (Tel. 0251/591-8911) oder der Stadt als Untere Denkmalbehörde sind Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Fossilien) unverzüglich zu melden. Ihre Lage im Gelände darf nicht verändert werden (§§ 16 und 17 DSchG NRW).

Der LWL-Archäologie für Westfalen oder ihren Beauftragten ist das Betreten der betroffenen Grundstücke zu gestatten, um gegebenenfalls archäologische und / oder paläontologische Untersuchungen durchführen zu können (§ 26 (2) DSchG NRW). Die dafür benötigten Flächen sind für die Dauer der Untersuchungen frei zu halten.

Der LWL-Archäologie für Westfalen oder ihren Beauftragten ist das Betreten des betroffenen Grundstücks zu gestatten, um gegebenenfalls archäologische und/oder paläontologische Untersuchungen durchführen zu können (§ 28 DSchG). Die dafür benötigten Flächen sind für die Dauer der Untersuchungen freizuhalten.

8.8. Bodenordnung

Bodenordnende und sonstige Maßnahmen zur hoheitlichen Umgestaltung von Grund und Boden und deren Eigentums- und Besitzverhältnisse im Sinne der §§ 45 ff. BauGB sind nicht erforderlich.

8.9. Kampfmittel

Ein Kampfmittelvorkommen ist nicht bekannt, aber auch nicht vollkommen auszuschließen. Die Durchführung aller bodeneingreifenden Baumaßnahmen sollte daher mit der gebotenen Vorsicht erfolgen. Sofern der Verdacht auf Kampfmittel aufkommt, ist die Arbeit sofort einzustellen und die allgemeine Ordnungsbehörde der Kreisstadt Steinfurt sowie der staatliche Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe (KBD WL) zu verständigen.

9. Verfahren

Die 96. Änderung des Flächennutzungsplanes wird im Regelverfahren gemäß § 1 (8) BauGB mit zweistufiger Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 und 4 BauGB durchgeführt. Gemäß § 2 (4) BauGB wird für die Belange des Umweltschutzes ein Umweltbericht erstellt. Der Umweltbericht bildet gemäß § 2a BauGB einen gesonderten Teil der Begründung.

Verfahrensschritt	Datum
Änderungsbeschluss <i>gem. § 1 (8) BauGB</i>	14.12.2024
Frühzeitige Beteiligung <i>gem. § 3 (1) und § 4 (1) BauGB</i>	24.06. – 02.08.2024
Öffentliche Auslegung <i>gem. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB</i>	__.__. – __.__.2024
Beschluss über die Änderung	__.__.2024
Bekanntmachung und Wirksamkeit <i>gem. § 6 (5) BauGB</i>	

9.1. Neubekanntmachung des Flächennutzungsplanes

Mit der 96. Änderung des Flächennutzungsplanes wird gemäß § 6 Abs. 6 BauGB bestimmt, dass der Flächennutzungsplan in der Fassung, die er durch die 96. Änderung erfahren hat, neu bekannt gemacht wird.

Grundlage der Neubekanntmachung ist eine digital neu gezeichnete Plandarstellung. Diese digitale Neuzeichnung beinhaltet:

- a) Übernahme folgender Einzeländerungen: 1., 3. - 7., 9. - 11., 14 - 16., 18. - 24., 27. - 30., 32., 33., 36. - 39., 41. - 43., 45. - 47., 49. - 54., 56., 59., 62., 66. - 70., 72. - 75., 77., 79. - 80., 82., 85., 96. Änderung
- b) Übernahme von 29 Berichtigungen aufgrund von Bebauungsplänen gem. § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB
- c) Übernahme der Amtlichen Basiskarte (Stand: 18.01.2023) als neue Plangrundlage, damit verbunden geringfügige Anpassung von Flächen und Grenzverläufen
- d) Aktualisierung der Standorte von Kinderspielplätzen
- e) Anpassung des geplanten Verlaufs der B54 nordwestlich von Burgsteinfurt an das realisierte Bauwerk
- f) Aktualisierung nachrichtlicher Übernahmen:
 - Bau- und Bodendenkmale
 - Naturschutzgebiete
 - Geschützte Landschaftsbestandteile
 - Naturdenkmale
 - Landschaftsschutzgebiete
 - FFH-Gebiete
 - Überschwemmungsgebiete
 - Wasserschutzgebiete
 - Ortsdurchfahrten

Aufgestellt:

Steinfurt, 18.06.2024

Az.: FD61 / 96. FNP-Ae / SH

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Im Auftrag

Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Anlagen:

- Lage im Stadtgebiet
- Umweltbericht zur 96. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich des Bebauungsplans Nr. 76 b „nördlich Piggenweg“, Münster, Juni 2024, erstellt durch aru arbeitsgruppe raum & umwelt